

Aufsatz

Christian Lübcke

„Soldat und Verfassungstreue“

Versuche der Bindung der Reichswehr an die Weimarer Republik in den Jahren 1919 bis 1921 – II. Teil: „Neue Forschungen zur Reichswehr“

DOI: <https://doi.org/10.15500/akm.12.12.2022>



Werbeplakat für den Republikanischen Führerbund

Auch nach über 100 Jahren tut sich die militärgeschichtliche Forschung noch immer schwer mit der Aufarbeitung und Bewertung des Kieler Matrosenaufstandes und der Novemberrevolution von 1918. So tief die Novemberrevolution in die Entwicklung des Deutschen Reiches auch eingriff (etwa durch Abschaffung der Monarchie und den Wandel zur Republik), so wenig ist über die militärischen Hauptakteure von 1918 heute wirklich bekannt.¹ Damals erhoben sich hunderttausende Militärangehörige, setzten ihre Vorgesetzten ab und forderten nicht nur ein Ende des Krieges, sondern auch weitreichende Reformen in Politik, Militär und Gesellschaft. Innerhalb von fünf Tagen erfasste diese Revolution von Kiel aus jede Garnison des Deutschen Reiches. Es gab keinen Ort im Reich, wo eine Erhebung gestoppt oder verhindert wurde. Die Aufständischen forderten das Ende der Monarchie, sie forderten ein neues Wahlrecht, das Frauen ausdrücklich miteinschloss, sie forderten Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit. Die Listen dieser Forderungen waren lang und variierten von Ort zu Ort in Inhalten und Gewichtung. Deutlich ähneln die Forderungen der Soldaten von 1918 den Kernstücken des heutigen Grundgesetzes und wesentlichen Inhalten der Inneren Führung der Bundeswehr. Die Novemberrevolution ist eine Zäsur in der deutschen Militär- und Demokratiegeschichte.

Und dennoch, trotz all dieser Alleinstellungsmerkmale sind Kieler Matrosenaufstand und Novemberrevolution noch immer nur sehr bruchstückhaft aufgearbeitete Themenkomplexe. Während es zu hochrangigen, aber durch und durch antirepublikanisch eingestellten Admirälen und Generälen jener Zeit Denkmäler, Ehrengräber und etliche Biografien gibt, existiert zu den Köpfen der meisten Soldatenräte heute bestenfalls eine kurze Notiz in einem Geschichtsbuch. Die Aufgabe, wichtige Vorkämpfer der Weimarer Republik in Uniform zu identifizieren und mitunter erstmalig gesellschaftlich zu rehabilitieren, wird vermutlich noch Generationen von Militärhistorikern beschäftigen. Dieser Aufsatz kann hier nur ein paar Schlaglichter werfen, einzelne Akteure von damals kurz vorstellen und ihren jeweiligen Wirkungskreis allenfalls andeuten. Weitere Veröffentlichungen durch den Autor werden aber folgen.

Die verschwundenen Revolutionäre von 1918

Mit Blick auf die Entwicklung des deutschen Militärs nach 1918 stellen sich gleich mehrere Fragen: Wenn die Revolution von 1918 zu einem großen Anteil von Militärangehörigen vorangetrieben wurde und zudem in jeder Garnison des Reiches zunächst erfolgreich war, was wurde dann in den beiden Folgejahren aus all den Aufständischen und ihren Ideen? Wie passt das Bild vieler hunderttausender Militärangehöriger unter der roten Flagge am Jahresende 1918 mit dem Bild einer

¹ Einen groben Überblick geben u.a.: Klaus Franken, Von Schwarz-Weiß-Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Der Übergang von Seeoffizieren der Kaiserlichen Marine in die Marine der Weimarer Republik, Berlin 2018; Robert Gerwarth, Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, München 2017; Peter Keller, „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr.“ Die deutsche Armee 1918–1921, Paderborn 2014; Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914–1945, Berlin 2011.

„unpolitischen“ Reichswehr zusammen, die bereits im Frühling 1920 beim Kapp-Lüttwitz-Putsch allenfalls symbolisch einschritt, um die Republik zu verteidigen? Gab es keinen Übergang, kein „armeeinternes Kräfteressen“ zwischen den alten und den neuen Strömungen? Gab es damals keine Reformer in Uniform? Hat keine Idee zur Demokratisierung je ihren Weg in das Reichswehrministerium gefunden? Auf den ersten Blick mag es den Anschein haben. Nur ein weiteres Zeichen dafür, dass es in der militärgeschichtlichen Forschung noch einiges an Aufholbedarf gibt.

Bei einer Untersuchung dieser Fragen ist eine wesentliche Grundvoraussetzung, dass man sich von der mehrheitlich veralteten Literatur- und Forschungslage löst. Frühere Arbeiten, die sich mit dem Kieler Matrosenaufstand und der Revolution von 1918 auseinandersetzten, müssen genau auf ihre Quellen- und Literaturlage hin geprüft werden. Auch schadet es nicht, sich näher mit der Vita des jeweiligen Autors auseinanderzusetzen. Gerade zu den Militärgeschichtlern aus den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten viele Ex-Militärs, die selbst noch der Reichswehr oder der Wehrmacht entstammten und ihre Darstellungen zu den Ereignissen von 1918 alles andere als unvoreingenommen schrieben.²

Eine weitere wichtige Grundvoraussetzung für die richtige Herangehensweise an die Thematik ist die kritische Hinterfragung bekannter Klischeebilder rund um Matrosenaufstand und Novemberrevolution. Dazu gehört zum Beispiel das auch heute noch weit verbreitete Stereotyp, nach dem es kaum möglich erscheint, dass ein deutscher Offizier im Jahr 1918 auf Seiten der Revolutionäre stehen konnte. Dies ist – wie so vieles – ein großer Irrtum. Inzwischen kann eine Vielzahl an Offizieren identifiziert werden, die der Revolution von 1918 nicht nur positiv gegenüberstanden, sondern bei den Aufständen auch aktiv mitwirkten.³

Wer waren also die Revolutionäre von 1918? Bereits bei einer ersten groben Überprüfung gibt es ein paar Auffälligkeiten, etwa im Vergleich von Heer und Marine. Im Herbst 1918 standen alle Heeres-Fronttruppen im unmittelbaren Einsatz. Im Reichsgebiet lagen nur noch Versorgungs- und Ausbildungsverbände, die in der Masse aus jungen Rekruten, Invaliden oder Rekonvaleszenten bestanden. Zwar griff die revolutionäre Bewegung im Verlauf des Novembers auch auf die meisten Frontverbände über, doch die treibende Kraft bei den Vorgängen rund um die Verbreitung der Revolution und die Ausrufung der Republik waren die Heimatgarnisonen.

Was die die Revolution unterstützenden Offiziere anging, waren die meisten von ihnen Reserveoffiziere, die aus dem Bürgertum stammten und eine gewisse Nähe zu demokratischen Parteien mitbrachten. So etwa Bernhard Rausch, der als Reserveleutnant der Artillerie an der Westfront diente, später zum inneren Zirkel der

² Christian Lübcke, „Hat nichts mit Wahrheitsfindung zu tun.“ Der Kieler Matrosenaufstand von 1918 und die deutsche Militärgeschichtsschreibung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68/4 (2020), S. 505–533.

³ Noch im Jahr 2022 erscheint dazu ein neues Buch von Sebastian Elsbach und Christian Lübcke: dies., Für Einigkeit und Recht und Freiheit. Republikanische Offiziere in der Novemberrevolution und frühen Weimarer Republik, Berlin 2022.

Aufständischen in Kiel gehörte und im Anschluss Gustav Noske als persönlicher Referent nach Berlin folgte.⁴

Die Marine wiederum hatte bei Kriegsende ihre größten Flottenverbände in heimischen Häfen stationiert, wodurch auch zahlreiche Berufssoldaten in der Heimat weilten, als dort die Revolution ausbrach. Die dortigen Marineangehörigen waren eine bunte Mischung aus Wehrpflichtigen, einberufenen Reservisten, Zeit- und Berufssoldaten. Vor allem diese Männer hatten einen großen Anteil daran, dass sich der Aufstand innerhalb von 48 Stunden auf alle Marinestandorte des Reiches und die Masse der auf See befindlichen Marineeinheiten ausbreitete.⁵

Zentrale Forderungen der aufständischen Soldaten, wie die Forderungen nach Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit oder der Einführung des Frauenwahlrechts, deckten sich mit den Plänen der SPD-Führung und fanden schließlich ihren Weg in die Weimarer Verfassung. Was die regional mitunter sehr detaillierten Forderungen nach einer umfassenden Heeresreform und einer Demokratisierung der Armee anging, war aber nicht nur die politische Parteienlandschaft, sondern vor allem die regierende SPD tief gespalten. Zu Beginn des Jahres 1919 besaßen die überall entstandenen Soldatenräte einen so starken Einfluss auf die Geschehnisse im Reich, dass eine Heeresreform vielleicht sogar möglich gewesen wäre, wenn nur eine grundsätzliche Einigkeit unter den verschiedenen Soldatenräten geherrscht hätte. Zudem muss berücksichtigt werden, dass sich das Deutsche Reich Ende 1918 in einer nie dagewesenen Krise befand. Verwaltungssysteme brachen zusammen oder spalteten sich zwischen Republikbefürwortern und -gegnern auf. Hinzu kamen die Folgen der Spanischen Grippe und gravierende Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung. Von außen griffen die siegreichen Westalliierten mit umfangreichen Forderungen in die Geschicke des Landes ein und drängten zu rascher Abrüstung und Reparatur.

Unter diesem Druck erschien es dem designierten Reichspräsidenten Friedrich Ebert und der Führung der SPD wesentlich unkomplizierter, ein Zweckbündnis mit der alten deutschen Militärführung zu schmieden, die sich noch immer auf straff geführte Militärkader und einen funktionierenden Verwaltungsapparat stützen konnte.⁶ Die Soldatenratsmitglieder besaßen hingegen zwar den Willen zu Reformen und stammten oftmals aus dem direkten Umfeld demokratischer Parteien. Allerdings waren die meisten dieser oftmals noch sehr jungen Männer weder erfahrene Politiker, noch besaßen sie größere Erfahrung im zivilen oder militärischen Verwaltungswesen.

Die Arbeitsweise der alten Militärführung war dem ersten Reichswehrminister Noske dagegen bestens bekannt und vertraut. Die dort ansässigen Offiziere und

⁴ Christian Lübcke, Ein Versuch zur Demokratisierung der Reichswehr. Bernhard Rauschs Vorschläge für eine Staatsbürgerliche Unterrichtung, 1919–1920, in: Andreas Braune/Sebastian Elsbach/Ronny Noak (Hrsg.), Bildung und Demokratie in der Weimarer Republik, Stuttgart 2022, S. 95–109.

⁵ Christian Lübcke, Sechs Tage im November. Eine Rekonstruktion des Kieler Matrosenaufstandes und seiner Verbreitung in Schleswig-Holstein, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 143/144 (2019), S. 171–215.

⁶ Heinz Hürten, Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920, Düsseldorf 1977.

hochrangigen Beamten konnten auf einen funktionstüchtigen Verwaltungsapparat und enge Verbindungen zur zivilen Verwaltung zurückgreifen, machten aber kein Hehl aus der Ablehnung einer Republik. Von Anfang an war allen Beteiligten klar, dass die alte Militärelite eine grundlegende Militärreform und eine Demokratisierung der Armee niemals tolerieren würde. Gerade erst durch die Soldatenräte erstrittenen Zugeständnissen erteilte man seitens der Regierung daher im Nachhinein eine klare Absage. Dies betraf auch, oder vor allem, die sogenannten Sieben Hamburger Punkte.

Bereits am 18. Dezember 1918 hatte eine Mehrheit aller Arbeiter- und Soldatenratsvertreter auf dem Reichsrätekongress in Berlin die Sieben Hamburger Punkte als zentrales Element einer umfassenden Heeresreform gefordert.⁷ Der ehemalige Fliegeroffizier Walther Lamp'1 aus Hamburg nannte in Absprache mit Vertretern der Berliner Garnison zu Beginn der dritten Sitzung sieben Hauptforderungen:

1. Übernahme der Kommandogewalt über Heer und Marine geht an die Volksbeauftragten über. Diese werden durch einen Vollzugsrat kontrolliert.
2. Alle äußerlichen Rangabzeichen an Uniformen werden verboten. Ebenso das außerdienstliche Waffentragen.
3. Soldatenräte sind für Disziplin und Zuverlässigkeit der Truppe verantwortlich. Vorgesetztenbefugnisse entfallen außerhalb des Dienstes.
4. Soldatenräte entscheiden zukünftig über die weitere Form der Uniformierung und Bewaffnung. Adelsvorrechte werden abgeschafft. Ebenso entfallen alle Orden und Ehrenzeichen.
5. Vorgesetzte werden zukünftig durch die Soldaten gewählt.
6. Offiziere können im Interesse der Demobilisierung auf ihren Posten bleiben, sofern sie erklären, dass sie die Revolution nicht gefährden.
7. Das stehende Heer soll beschleunigt abgeschafft und stattdessen eine Volkswehr geschaffen werden.⁸

Letztendlich führte vor allem der äußere Druck – ausgeübt durch eine Deputation der Berliner Garnison – dazu, dass die Sieben Punkte fast einstimmig angenommen wurden.⁹ War dieser Beschluss für die Volksbeauftragten offiziell auch bindend, versuchte vor allem Friedrich Ebert mit Blick auf die Vereinbarung zwischen SPD und Militärführung die Umsetzung des Beschlusses zu verzögern und dessen Wirkung auf die Truppe möglichst abzuschwächen. Er befürchtete einen Konflikt mit den zurückkehrenden Fronttruppen. Dabei riskierte er mit seiner Hinhaltetaktik sogar den offenen Bruch mit der USPD, deren Vertreter schließlich am 29. Dezember 1918 den Rat der

⁷ Details zu den Sieben Hamburger Punkten finden sich unter anderem bei: Gerhard Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), *Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente*, Frankfurt a. M. 1968.

⁸ Nachlass Lamp'1: StA HH 622-1/49.

⁹ Gerhard Engel u.a. (Hrsg.), *Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom 1. Reichsrätekongreß bis zum Generalstreikbeschuß am 3. März 1919*, Berlin 1997; Sabine Roß, *Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19*, Düsseldorf 2000.

Volksbeauftragten verließen. Ebert verständigte sich mit der Obersten Heeresleitung und dem Ersten Generalquartiermeister General Wilhelm Groener. Groener setzte schließlich durch, dass die Hamburger Punkte nur bei den Garnisonen des Heimatheeres, nicht aber bei den zurückkehrenden Fronttruppen angewendet würden. Damit war die beabsichtigte Reform bereits gescheitert.

Natürlich waren die Sieben Hamburger Punkte noch kein fertiges Reformwerk. Dennoch war allen Beteiligten klar, dass sie die Basis für eine umfangreiche Militärreform werden sollten. Mit dieser Reform hätte nicht nur das Primat der Politik wiederhergestellt, sondern auch der Großteil des militärischen Führungspersonals der Armee ausgewechselt werden können.

Am 19. Januar 1919, einen Monat nach dem Reichsrätekongress und unmittelbar nach dem Berliner Januaraufstand, erließ der preußische Kriegsminister Oberst Walther Reinhardt „Ausführungsbestimmungen“ zu den Hamburger Punkten, welche die Befehlsgewalt der Offiziere vollständig wiederherstellten.¹⁰

Am 6. März beschloss die Weimarer Nationalversammlung noch unter dem Eindruck der Märzkämpfe in Berlin das Gesetz über die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr und stützte sich fortan auf Militärverbände, deren Angehörige die Republik selbst mehrheitlich ablehnten. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch potentielle Reformer in der jungen Reichswehr: Offiziere und Beamte, die sich mit der neuen Republik identifizierten und die neue Armee in den Dienst der Weimarer Verfassung stellen wollten. Die Mehrheit dieser Männer waren ehemalige Reserveoffiziere, die im Weltkrieg ihren Dienst geleistet hatten und danach in die vorläufige Reichswehr oder deren Militärverwaltung übernommen worden waren. Viele engagierten sich zunächst in den neu gegründeten Soldatenräten und nahmen dort führende Positionen ein.

In Berlin stieg Hauptmann Hans Georg von Beerfelde zeitweise zum zweiten Vorsitzenden des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Großberlin auf.¹¹ Neben ihm waren auch der Reserveoberleutnant Dr. Colin Ross und der Oberleutnant der Pioniere Eduard Paul Walz Mitglieder im Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Großberlin. Der ehemalige Leutnant und SPD-Anhänger Anton Fischer wurde zunächst Adjutant des Berliner Stadtkommandanten und hinterher dessen Nachfolger.¹² In Halle war Oberleutnant Horst Baerensprung Mitglied des örtlichen Soldatenrates, in Württemberg wurde der Reserveleutnant Paul Hahn Mitglied im Landesausschuss der Soldatenräte.¹³ In Königsberg wiederum wurde Leutnant Erich Wollenberg Chef des

¹⁰ Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 273–275.

¹¹ Lothar Wieland, Hans-Georg von Beerenfelde und die „Revolution der Wahrheit“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 66 (2018), S. 897–916; Gerhard Engel/Bärbel Holtz, Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19, Berlin 1993, S. 20.

¹² Ebd., S. 16; Ingo Materna, Alfred Gottschling und Eduard Walz – zwei Akteure der Novemberrevolution 1918 in Berlin, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, I (2010), S. 132–138.

¹³ Alexander Sperk, Dr. Horst W. Baerensprung, in: Vom Königlichen Polizeipräsidium zur Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. Die Magdeburger Polizei im Gebäude Halberstädter Straße 2 zwischen 1913 und 1989. Hrsg. v. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2010, S. 200f.; Beatrix Herlemann, Baerensprung, Horst Wolfgang Sigmund, in: Guido Heinrich/Gunter Schandera (Hrsg.),

Sicherheitsdienstes des Arbeiter- und Soldatenrates Ostpreußen und Führer der örtlichen Matrosenvolkwehr.¹⁴ Diese Liste ließe sich noch lange fortführen.

Auch in der Politik machten republikanisch gesinnte Offiziere rasch Karriere. Der in der SPD bereits vor dem Krieg einflussreiche Reserveleutnant Paul Göhre wurde im November 1918 Unterstaatssekretär und zweitwichtigster Mitarbeiter im preußischen Kriegsministerium. Der bereits erwähnte Leutnant Bernhard Rausch aus Kiel stieg später bis zum Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium auf. In Württemberg wurde Leutnant Ludwig Haas in enger Abstimmung mit den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten Innenminister.¹⁵

Solche Auflistungen suggerieren zunächst eine gute Ausgangslage für eine Reform. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass diese Männer in der Regel weit voneinander entfernt und zudem in sehr unterschiedlichen Aufgabengebieten aktiv waren. Wesentlich nachteiliger war noch, dass die Mehrheit dieser ehemaligen oder noch aktiven Offiziere unter dem Rang eines Hauptmanns stand. Innerhalb der militärischen Hierarchien und Befehlsketten war ihr Handlungsspielraum begrenzt und ihr Handeln stets einer Kontrolle von Vorgesetzten unterworfen, die Reformen gegenüber negativ eingestellt waren. Zudem fehlte es an einer reichsweiten Vernetzung und einer entsprechenden Ermutigung und Unterstützung bei einem Reformvorhaben durch Reichswehrminister Noske und die Regierung.

Dagegen besaßen die alten Militäreliten reichlich Möglichkeit, die neue Reichswehr nach ihren Vorstellungen zu prägen und auszurichten. Unter dem Deckmantel der vom Ausland zügig geforderten Demobilisierung und Abrüstung wurden potentielle Reformer entlassen und bekannte republikanische Truppenkader aufgelöst. Jede Nähe von Militärangehörigen zu demokratischen Parteien wurde nach Möglichkeit unterbunden. Mit der Auflösung der Soldatenräte im Verlauf des Sommers 1919 verloren republikanische Mannschaften und Unteroffiziere die Möglichkeit, eine Heeresreform zu erwirken. Da die alten militärischen Hierarchien wiederhergestellt wurden, war es nun allenfalls den wenigen republikanisch gesinnten Staboffizieren oder Offizieren und Beamten im Reichswehrministerium möglich, Einfluss zu nehmen. Rangniedrigere Offiziere und Unteroffiziere gründeten zu dieser Zeit den Republikanischen Führerbund, um sich zu organisieren, zu vernetzen und sich gegen willkürliche Schikanen antirepublikanischer Vorgesetzter besser zu schützen. Aus diesem Sammelbecken für republikanische Unteroffiziere und Offiziere hätte möglicherweise eine Schutzmacht für die Republik entstehen können, doch ohne eine Förderung durch die Regierung führte auch diese Organisation eher ein Schattendasein. Auf regionaler

Magdeburger Biographisches Lexikon 19. und 20. Jahrhundert. Biographisches Lexikon für die Landeshauptstadt Magdeburg und die Landkreise Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis und Schönebeck, Magdeburg 2002; Eberhard Kolb/Klaus Schönhoven, Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, Düsseldorf 1976; Paul Hahn, Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. „Der rote Hahn, eine Revolutionserscheinung“, Stuttgart 1922.

¹⁴ Sven Schneider, Widerstand oppositioneller Kommunisten. Erich Wollenberg – verfolgt von Hitler und Stalin, in: Hans Coppi/Stefan Heinz (Hrsg.), Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, Berlin 2012, S. 199–228.

¹⁵ Ewald Grothe/Aubrey Pomerance (Hrsg.), Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie, Düsseldorf 2017; Heinrich Walle, Deutsche jüdische Soldaten aus dem Großherzogtum Baden im Ersten Weltkrieg. Zur Erinnerung an Ludwig Frank und Ludwig Haas, in: Juden in Baden. 175 Jahre Oberrat der Israeliten Badens, Karlsruhe 1984, S. 173–197.

Ebene wurde der Republikanische Führerbund schon sehr bald durch reaktionäre Kommandeure bekämpft und in seiner Arbeit behindert.¹⁶

Reformversuche nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch

Im März 1920 zwang der Kapp-Lüttwitz-Putsch einen Großteil der Offiziere der Reichswehr, sich politisch zu positionieren. Aufgrund der hinterher oft als „neutral“ eingestuftten Haltung der meisten Reichswehrverbände konnte letztendlich nur ein Generalstreik die Putschisten stoppen. Auch nach über hundert Jahren muss man eine ganze Weile suchen, wenn man Offiziere identifizieren möchte, die sich – ihrem Eid folgend – während des Kapp-Lüttwitz-Putsches aktiv für die Weimarer Republik einsetzten. Ein prominentes Beispiel ist zweifellos Julius Leber, der in seiner Garnisonsstadt Belgard nicht nur das Kommando über seine Batterie, sondern auch über lokale Arbeiterwehren übernahm und die örtlichen Putschisten bekämpfte.¹⁷ Gedankt wurde den republiktreuen Offizieren ihr Einsatz während des Kapp-Lüttwitz-Putsches im Anschluss nicht. Im Gegenteil: Ihr Eingreifen hatte den Republikgegnern in der Militärführung offenbart, zu welchem Lager sie gehörten. In den auf den Putsch folgenden Jahren wurden die letzten (vermeintlichen wie tatsächlichen) republikanisch gesinnten und demokratiebejahenden Offiziere aus ihrem Dienstverhältnis entfernt.

Nach Noskes Entlassung am 22. März 1920 war Reichspräsident Ebert sehr daran gelegen, einen zuverlässigen Vertreter seiner Partei an der Spitze des Reichswehrministeriums zu halten.¹⁸ Infolge von Koalitionsvereinbarungen wurde Otto Geßler von der Deutschen Demokratischen Partei neuer Reichswehrminister. Im April 1920 ernannte der Reichspräsident den bisherigen Arbeitersekretär Christian Stock (SPD) zum parlamentarischen Staatssekretär und stellvertretenden Reichswehrminister. Bernhard Rausch wurde als Zivilreferent im Status eines Unterstaatssekretärs zu Stocks Stellvertreter ernannt.¹⁹

Beide SPD-Männer waren nicht nur die Köpfe eines Untersuchungsausschusses über das Verhalten von Offizieren während des Putsches, sondern auch von dem Wunsch getrieben, alles zu tun, um einen weiteren Putsch zu verhindern und die Armee zu demokratisieren. Hauptgedanke ihres Reformwerkes war es, so schnell wie möglich innerhalb des deutschen Militärwesens einen unabhängigen Verwaltungsapparat zu schaffen, der alleine von zivilen Beamten geleitet werden sollte. Alle Versorgungseinrichtungen, alle Angelegenheiten der Besoldung, Verpflegung, Fürsorge, Bewaffnung und Unterkunft sollten so dem unmittelbaren Zugriff von Offizieren entzogen werden. Durch diese drastische Abspaltung sollte in Zukunft die Truppe

¹⁶ Sebastian Elsbach, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2019, S. 68–79.

¹⁷ Dorothea Beck, *Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand*, Berlin 1983, S. 31–34.

¹⁸ Susanne Miller, *Die Bürde der Macht – Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf 1978, S. 392–401.

¹⁹ Walter Mühlhausen, *Christian Stock 1910–1932. Vom Heidelberger Arbeitersekretär zum hessischen Ministerpräsidenten*, Heidelberg 1996, S. 60f.

parlamentarisch kontrolliert und ein Truppenverband im Aufruhr sofort von jeglichem Nachschub abgeschnitten werden. Stock begründete diese Maßnahmen noch einmal gegenüber Reichskanzler Hermann Müller: „Politisch ist es eine direkte Notwendigkeit bei der Erziehung unserer Offiziere, ihnen die materielle Macht bei einem eventuellen Putsch zu nehmen.“²⁰

Die Initiative von Stock und Rausch war gut gemeint, doch sie kam zu spät. Der neue Chef der Heeresleitung, Generalleutnant Hans von Seeckt, hatte die Führung der Reichswehr bereits fest in der Hand. Reichswehrminister Geßler wollte oder konnte sich immer weniger gegen Seeckts Führungsstil behaupten, die Regierung von Reichskanzler Müller befand sich auf verschiedenen Ebenen unter großem internationalen und nationalen Druck. Nicht nur, dass Geßler und Seeckt auf Stocks Reformprogramm der Wehrverwaltung gar nicht eingingen, sie setzten ihrerseits eine Umstrukturierung der Reichswehr durch, ohne Stock davon in Kenntnis zu setzen.²¹

Versuch der Einführung eines staatsbürgerlichen Unterrichts

Der neue Reichswehrminister Otto Geßler sah in einer zügigen „Entpolitisierung“ den einzigen richtigen Weg für die Reichswehr. So drängte er im Vorfeld der Wahlen vom 6. Juni 1920 dazu, durch die Nationalversammlung allen Angehörigen der Reichswehr das aktive Wahlrecht entziehen zu lassen – ein Recht, das ihnen erstmalig bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 gewährt worden war. Im Gegenzug bot Geßler an, eine Schulung der Soldaten durchzuführen:

„Was nötig ist, ist eine staatsbürgerliche Erziehung des Heeres. Es muss mit den Grundlagen unserer Staatsverfassung bekannt werden. Es muss mit dem Leben der Nation vertraut werden, und zwar nicht in einer einseitigen Weise, sondern in der Weise, wie wir das überall in unserem ganzen öffentlichen Bildungswesen durchführen, in einem objektiven staatsbürgerlichen Unterricht.“²²

Bernhard Rausch baute auf diese Ankündigung und versuchte in der Reichswehr einen verbindlichen, einheitlichen staatsbürgerlichen Unterricht einzuführen, der die Soldaten mit den wesentlichen Inhalten der Weimarer Verfassung vertraut machen sollte. Um diesen Worten alsbald Taten folgen zu lassen, plante Rausch die Einführung eines Lehrheftes mit dem Titel „Soldat und Verfassungstreue“. Dieses Lehrheft sollte nach Rauschs Vorstellung an jeden Angehörigen der Reichswehr so rasch wie möglich ausgegeben werden. Heute ist nur noch wenig über diese Schrift bekannt. Bislang konnte kein Exemplar gefunden werden; an Offiziere und Mannschaften ist es nie

²⁰ Ebd., S. 60, zitiert aus: Martin Vogt, Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Müller I: 27. März bis 21. Juni 1920, Boppard 1971, S. 295f.

²¹ Weitere Einzelheiten zur Arbeit Rauschs und Stocks und der Arbeitsweise des Untersuchungsausschusses finden sich im demnächst erscheinenden Werk von Sebastian Elsbach und Christian Lübcke: dies., Einigkeit.

²² Protokollauszug der 168. Sitzung der Nationalversammlung am Donnerstag den 22. April 1920, in: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 333, Berlin 1920, S. 5350.

herausgegeben worden. Vielmehr scheint es, dass große Sorgfalt darauf verwendet wurde, alle Spuren im Nachhinein zu vernichten. Warum diese Geheimniskrämerei? Was war an diesem Lehrheft „Soldat und Verfassungstreue“ so revolutionär, so gefährlich?

Der offizielle Urheber dieses Lehrheftes war der Minister ohne Geschäftsbereich Dr. Eduard David – ein in der Geschichtsschreibung oft unterschätzter Politiker der SPD.²³ Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, dass Rausch hinter David der eigentliche Autor des Lehrheftes war. David benötigte für seine Arbeit Wissen über das Militärwesen. Rausch als ehemaliger Offizier und Mitarbeiter des Reichswehrministeriums konnte hier einen entsprechenden Beitrag leisten. Neben dem Umstand, dass ein hochrangiger Politiker mitwirkte, war bedeutsam, dass es seitens des Vertrauensausschusses der Nationalversammlung bereits die offizielle Freigabe gab, dieses Lehrheft in der Reichswehr einzuführen. War diese Freigabe in damaliger Zeit auch keine bindende Anweisung, brachte sie den Reichswehrminister dennoch in gewissen Zugzwang. Am 26. April 1920 legte Rausch das Manuskript für das Lehrheft Reichswehrminister Geßler vor und forderte die Einführung in der Truppe. Geßler reagierte daraufhin jedoch ausweichend. Mit dem Hinweis, dass er selbst kein Offizier sei und hierzu kein fachmännisches Urteil fällen könne, ordnete Geßler zunächst eine interne Prüfung an. Er betraute damit den Leiter der Nachrichtenstelle im Reichswehrministerium, Major Hermann Ritter von Giehrl. Giehrl stammte aus einer Familie, die der Monarchie sehr nahestand, und schrieb eine vernichtende Kritik zum Manuskript von Davids Lehrheft. Durch diese Kritik und das Zitieren ganzer Passagen ist es heute möglich, zumindest einige Rückschlüsse auf den Inhalt des geplanten Lehrheftes zu ziehen.

Offenbar ging das Lehrheft zunächst auf die Geschehnisse der vorangegangenen Monate ein und stellte dabei den demokratie- und verfassungsfeindlichen Charakter des Kapp-Lüttwitz-Putsches eindeutig heraus. Eine derartige Bewertung des Kapp-Lüttwitz-Putsches als Verbrechen lehnte Giehrl nachdrücklich ab. Er argumentierte: „Nur eine versöhnende Tendenz kann hier zum Ziel führen.“²⁴ Besonderen Anstoß erregte jener Passus im Lehrheft, in dem die Verhältnisse im früheren kaiserlichen Heer kritisiert wurden. Dort hieß es:

„Trotz sorgfältiger Pflege soldatischer Tugenden im Heer des kaiserlichen Deutschlands konnte früher bei dem Gefühl persönlicher Abhängigkeit und Dienstbarkeit nicht jene charaktervolle Männlichkeit emporwachsen, die in einem demokratischen Heere von selbst entsteht, in dem sich jeder einzelne bei freiwilliger Unterordnung und strammer Disziplin als ein gleichberechtigtes Glied des Volksganzen fühlt.“²⁵

²³ Friedrich P. Kahlenberg, Die Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921–1927, Wiesbaden 1970.

²⁴ Auszug aus einem Brief von Bernhard Rausch, veröffentlicht in der Abendausgabe Nr. 279 des Vorwärts vom 2.6.1920.

²⁵ Ebd.

Giehl forderte die Streichung der ganzen Passage, „weil sie im Heer mit Recht die allergößte Entrüstung hervorrufen würde“.²⁶ Es ist offensichtlich, dass David und Rausch mit der Einführung eines solchen Lehrheftes einen klaren Schlusstrich unter die Verhältnisse im früheren kaiserlichen Heer ziehen wollten. Der Soldat sollte als Staatsbürger aus innerer Überzeugung heraus seinen Dienst leisten. Er sollte verstehen, wie sein Dienst dem Schutz der Verfassung dienen sollte. Deutlich sollte ihm dabei vor Augen geführt werden, dass es sich bei dem Kapp-Lüttwitz-Putsch um einen direkten Angriff auf den Staat und die Verfassung gehandelt habe. Die Abwehr eben solch eines Angriffs sollte eine der wesentlichen Aufgaben des Soldaten in der Reichswehr sein.

Ausblick

In der zweiten Maihälfte 1920 kam es zwischen dem Mitarbeiter im Reichswehrministerium Rausch und Reichswehrminister Geßler zu einer hitzigen Debatte, in welcher der Minister die Verbreitung des Lehrheftes „Soldat und Verfassungstreue“ in der Reichswehr endgültig ablehnte. Daraufhin räumte Rausch am 31. Mai 1920 tief enttäuscht seinen Posten. Sein Abschiedsschreiben wurde damals von mehreren Zeitungen veröffentlicht. Darin hieß es u.a.:

„Es ist heute schlimmer als je zuvor. Gewiss gibt es in der Truppe und namentlich im Reichswehrministerium eine ganze Anzahl einsichtsvoller, loyal denkender Offiziere, die hohe Achtung und absolutes Vertrauen verdienen. In der Masse sind sie aber weiße Raben und bedeutungslos gegenüber der geschlossenen Phalanx einer bewussten, staatsfeindlichen Reaktion. Aus zahlreichen Einzelerfahrungen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, dass verfassungstreue, republikanische Elemente nun erst recht, konsequent und zäh, in bewusster und unbewusster Solidarität aus der Reichswehr entfernt werden und dass demgegenüber die Zentralstelle zurzeit so gut wie machtlos ist.“²⁷

Am 9. Juni 1920 reichte auch Christian Stock offiziell seinen Rücktritt ein. Die Berliner Volkszeitung kommentierte dies in einem Artikel unter der Überschrift „Noch ein Rücktritt im Reichswehrministerium“ mit den Worten: „Sollte das Bild von den Ratten und dem sinkenden Schiff stimmen?“²⁸ Reichspräsident Friedrich Ebert nahm das Abschiedsgesuch zögernd an, bat Stock jedoch zunächst noch so lange im Amt zu bleiben, bis man eine neue Regierung gebildet habe. Letztendlich verließ Stock im September seinen Posten.²⁹

Mit dem Rücktritt der Sozialdemokraten Rausch und Stock aus dem Reichswehrministerium endeten auch die letzten ernsthaften Versuche, aus der Militärverwaltung heraus eine demokratische Wende in der Armee einzuleiten. Rauschs

²⁶ Ebd.

²⁷ Berliner Börsenzeitung Nr. 231 vom 1. Juni 1920.

²⁸ Die Berliner Volkszeitung Nr. 271 vom 11. Juni 1920.

²⁹ Patrick Oliver Heinemann, Rechtsgeschichte der Reichswehr 1918–1933, Paderborn 2018, S. 108.

und Stocks Posten wurden nicht nachbesetzt und hinterher – offiziell aus Etatgründen – dauerhaft gestrichen. Zugleich folgte eine neue Entlassungswelle unter den Offizieren und Mannschaften, die sich während des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 für die rechtmäßige Regierung eingesetzt hatten. Entlassene prodemokratische und republikanisch gesinnte Offiziere und Unteroffiziere organisierten sich ab 1924 im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.³⁰ Viele von ihnen wechselten in den Polizeidienst. Die nach dem Krieg neu entstehenden Schutzmannschaften wurden zu einem Sammelbecken ehemaliger Frontkämpfer. Im Gegensatz zum Militär wurde aber die Polizei in vielen Provinzen des Deutschen Reiches tatsächlich zu einer Schutzmacht der Weimarer Republik. Nach dem „Preußenschlag“ und der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden viele ehemalige revolutionär und republikanisch gesinnte Ex-Militärs verfolgt. Auch hier offenbart sich eine große Lücke in der militärgeschichtlichen Forschung.

Viel zu lange blieb der wissenschaftliche Fokus auf vermeintliche oder tatsächliche Widerständler der Wehrmacht gerichtet. Mit unglaublichem Aufwand bemühte man sich jahrzehntelang um die Aufarbeitung der Lebenswege von Personen wie Erwin Rommel, Wilhelm Canaris oder Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Umfangreiche Buchreihen entstanden, zahllose Filme wurden gedreht. Man untersuchte geradezu minutiös die Vita von Militärpersonen, die auf unterschiedliche Weise gegen Hitler und die Nationalsozialisten Widerstand geleistet hatten, dabei aus heutiger Sicht allerdings in keiner Weise zum Lager der Demokraten und zu den Verfechtern einer deutschen Republik gezählt werden können.

Wie merkwürdig erscheint diese Suche nach Widerständlern in der Wehrmacht, die Suche nach möglichen Vorbildern und Traditionsstiftern für die Bundeswehr, wenn es doch nur wenige Jahre früher tausende deutsche Militärangehörige aller Ränge gab, die sich tatsächlich und nachweisbar für ein neues demokratisches System und eine Republik auf deutschem Boden einsetzten: tausende ehemalige Soldatenratsmitglieder, republikanisch gesinnte Militärangehörige und verhinderte Reformer, die später durch die Nationalsozialisten verfolgt, in Konzentrationslagern inhaftiert und in vielen Fällen ermordet wurden. Nur wenige von ihnen, wie etwa Julius Leber, sind heute wirklich bekannt. Alleine schon mit Blick auf die 1918 von Soldaten geforderten Grundrechte, die heute integraler Bestandteil des deutschen Grundgesetzes sind, aber auch mit Blick auf die Forderungen nach grundlegenden Militärreformen – im Militärrecht oder zum Verhältnis von Staat und Armee – verdient dieses Thema für die Zukunft deutlich mehr Beachtung. Gleiches gilt für die Identifizierung und Würdigung der damaligen Akteure in Uniform. Dieser Aufsatz hat nur einige Schlaglichter werfen können, doch was am Ende deutlich wird: Es gibt noch einiges zu tun. Nach über hundert Jahren ist es höchste Zeit, damit zu beginnen.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut durch Paul Fröhlich und Wencke Meteling.

³⁰ Elsbach, Reichsbanner.

Zitierempfehlung

Christian Lübcke, „Soldat und Verfassungstreue“. Versuche der Bindung der Reichswehr an die Weimarer Republik in den Jahren 1919 bis 1921 – II. Teil: „Neue Forschungen zur Reichswehr“, in: Themenschwerpunkt „Neue Forschungen zur Reichswehr“, hrsg. von Jannes Bergmann/Paul Fröhlich/Wencke Meteling, Portal Militärgeschichte, 12. Dezember 2022, URL: https://portal-militaergeschichte.de/luebcke_soldat, DOI: <https://doi.org/10.15500/akm.12.12.2022> (Bitte fügen Sie in Klammern das Datum des letzten Aufrufs dieser Seite hinzu).